



Presseinformation - 593/07/2022

Agrarministerkonferenz: Mehrheit der Landwirtschaftsminister spricht sich für Aussetzung geplanter Flächenstilllegungen und beim Wechsel von Anbaupflanzen aus

2022
Seite 1 von 2

Landespresse- und Informationsamt
40213 Düsseldorf
presse@stk.nrw.de

Telefon 0211 837-1134

Bürgertelefon 0211 837-1001
nrwdirekt@nrw.de
www.land.nrw

Das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz teilt mit:

Angesichts der angespannten Situation auf den internationalen Getreidemarkäten setzt sich das Landwirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalen seit Langem für pragmatische Lösungen ein, um ausbleibende Agrarexporte aus der Ukraine abzufedern. Dieses Thema stand im Kern der Beratungen der Agrarministerkonferenz am 28. Juli 2022. Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen begrüßt, dass sich eine Mehrheit der Landwirtschaftsminister für eine Verschiebung der EU-Stilllegungsverpflichtung und der neuen Fruchtfolgeanforderungen um ein Jahr ausgesprochen hat.

Ministerin Silke Gorißen: „Vor dem Hintergrund der herausfordernden Welternährungslage können wir uns neue Stilllegungen von Ackerflächen nicht leisten. Ich begrüße, dass die Mehrheit der Landwirtschaftsminister diesen Standpunkt teilt. Wir müssen die richtigen Weichen für mehr Versorgungssicherheit in diesen Zeiten stellen. Unsere 33.000 Landwirtinnen und Landwirte in Nordrhein-Westfalen brauchen mehr Planungssicherheit. Selbstverständlich geht es auch darum, dass wir unsere ökologischen Ziele nicht aus den Augen verlieren.“

Alleine in Nordrhein-Westfalen wären rund 40.000 Hektar Acker von einer Stilllegung betroffen. Auf diesen Flächen könnten bis zu 300.000 Tonnen Getreide geerntet werden. „Die Landwirte brauchen in den nächsten Tagen grünes Licht für die Einsaat. Es darf nicht zu einem deutschen Sonderweg in der Europäischen Union kommen“, appelliert Agrarministerin Gorißen.

Die EU-Kommission hatte sich zuvor für die Verschiebung der für 2023 geplanten Stilllegungsverpflichtung und der neuen Fruchtfolgeanforderungen um ein Jahr als notwendigen Beitrag zur Ernährungssicherheit ausgesprochen. Nun gilt es, dass in Deutschland diese Regelung eins zu eins umgesetzt wird, damit in Nordrhein-Westfalen im kommenden Jahr keine weiteren Flächen für einen möglichen Getreideanbau verloren gehen.

Das Landwirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalen hatte sich schon Anfang Juli für eine Verschiebung der Pflichtbrache und Fruchtfolge um ein Jahr ausgesprochen. Ende Juni hatte sich das Ministerium zudem mit vier weiteren Landwirtschaftsministerien in einem gemeinsamen Brief an EU-Kommissionspräsidenten Dr. Ursula von der Leyen zum Thema gewandt.

Bei Bürgeranfragen wenden Sie sich bitte an: Telefon 0211 3843-0.

Bei journalistischen Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Telefon 0211 3843- 1022.

Dieser Presstext ist auch verfügbar unter www.land.nrw

[Datenschutzhinweis betr. Soziale Medien](#)